



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/182 - 7.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Sowjetnote unter der Lupe	S. 1
Eisenhower ohne Taft	S. 3
Zum Evangelischen Kirchentag	S. 5
Storch und die Gewerkschaften	S. 7

## Soll das Notenspiel endlos weitergehen ?

(sp) In der Beurteilung der neuesten sowjetischen Note an die Westmächte legen die westlichen Regierungen eine angesichts der schwerwiegenden Bedeutung der in der Note aufgeworfenen Fragen nur zu verständliche Zurückhaltung an den Tag. Nur der deutsche Bundeskanzler und die ihm nahestehende Presse legen in die sowjetrussische Note Dinge hinein, die man selbst bei aufmerksamstem Studium nicht zu entdecken vermag. So meinte der Kanzler, die Teilnahme Rotchinas an der Beratung über die deutsche Frage sei ausgeschlossen, eine erstaunliche Behauptung, die umso unverständlicher wirkt, als Moskau gar nicht die Teilnahme Rotchinas an dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages verlangt hat. Die Sowjets haben auch nicht gesagt: Erst Wiederherstellung der deutschen Einheit und Friedensvertrag und dann freie Wahlen, sondern sie haben sich dagegen gewandt, daß wieder eine Kommission zur Untersuchung der Voraussetzungen freier Wahlen eingesetzt wird. Daraus folgern die Regierungspresse und der Kanzler, die Sowjets seien von vornherein Gegner jeder internationalen Kontrolle der gesamtdeutschen Wahlen selbst. Die Note läßt eine solche Auslegung nicht zu.

Sicherlich enthält die Kremlnote viele Unklarheiten und vage Formulierungen. Aber zu erwarten, daß sie in diesem Vorstadium etwa schon die Kanzlerfrage beantwortet, ob die Sowjetunion bereit sei, einer gesamtdeutschen Regierung außen- und

innenpolitische Handlungsfreiheit zu garantieren, heißt doch eine Tatsache vorwegnehmen, die nur das Ergebnis von Verhandlungen aller Mächte die über Deutschland mit zu entscheiden haben, sein kann. Diese Frage steht übrigens gerade Bundeskanzler Dr. Adenauer schlecht an, der durch seine Westvorträge die deutsche Außenpolitik für 50 Jahre zur Inaktivität verurteilen und der Bundesrepublik Fesseln auferlegen will, die sie zum Lehnstuhl der Westalliierten macht. Durch seine Politik der einseitigen Vorleistungen hat der Bundeskanzler insgesamt die deutsche Verhandlungsposition bei künftigen Viermächteverhandlungen erschwert, da diese Politik der Sowjetunion zusätzliche Gründe liefert, eine mögliche Verständigung mit dem Westen auf Kosten Deutschlands zu suchen.

Die Viermächtekonferenz kommt auf uns zu und die Frage, um die es nun eigentlich geht, ist die nach der besseren Ausgangsstellung für den Westen und Osten. Der Wunsch der Sowjets, auf diesem Treffen auch andere Probleme zu behandeln - die Zulassung Chinas zur UNO, der Versuch einer Entspannung im weltweiten Rahmen, die "freie Diskussion der internationalen Hauptprobleme" - ist verständlich und sollte kein Hindernis für die Festsetzung eines baldigen Termins sein. Gewiß liegt in einem ohne feste Tagesordnung umrissenen Rahmen die Möglichkeit, sich sehr entschieden gegen sowjetische Verschleppungsmanöver wehren zu müssen. Aus diesem Grunde von vornherein auf Verhandlungen zu verzichten, wäre fahrlässig. Besteht nicht in der Behandlung nur ausschließlich des Themas Deutschland auf der Viermächtekonferenz die ebenso große Gefahr, daß die USA im Hinblick auf die Probleme in Asien mit der Sowjetunion Entscheidungen über Deutschland anstreben, die es benachteiligen?

Wie dem auch sei: Die weltpolitische Flurbereinigung zwischen Ost und West ist unvermeidlich, wir erleben jetzt nur mit der letzten Sowjetnote propagandistische und diplomatische Vorgeplänkel. Leider läßt die Bundesregierung jede Bemühung fehlen, durch die Ausarbeitung eines internen Verhandlungsprogramms zwischen Regierung und Opposition die deutsche Stimme machtvoll zu Gehör zu bringen. Ein seinerzeitiges Angebot des Oppositionsführers Ollenauer, von Wehner für die SPD am 1. Juli wiederholt und erläutert, blieb unbeachtet. Solange es jedoch keine gemeinsamen Beratungen und <sup>ein</sup> gemeinsam erarbeitetes Verhandlungsprogramm gibt, das alle denkbaren Fragen und eventuell bei Verhandlungen auftauchende Möglichkeiten in Erwägung zieht und den deutschen Interessen entsprechende Lösungen vorschlägt, kann von einer wirklichen deutschen Einflußnahme auf Viermächteverhandlungen keine Rede sein.

Die amerikanische Politik nach Tafts Tod

O.L.-New York, Anfang August

Senator Tafts Tod ist ein schwerer Schlag für Präsident Eisenhower und seine politischen Aussichten, seine Politik im Kongreß durchzusetzen. Das mag merkwürdig klingen. Denn Senator Robert Taft war nicht nur der Gegner Eisenhowers bei dem gerade vor einem Jahr mit Tafts Niederlage abgeschlossenen Kampf um die republikanische Präsidentschaftskandidatur, sondern er war auch als Führer der republikanischen Senatoren und als der einflußreichste Mann im gegenwärtigen Kongreß in mehr als einer Beziehung ein politischer Faktor, mit dem der Präsident zu rechnen hatte und der insbesondere des Präsidenten Außenpolitik nicht billigte. Trotzdem darf man feststellen, daß die Erfolgsaussichten der republikanischen Administration und die Möglichkeiten, die auseinanderstrebenden Republikaner im Kongreß zusammenzuhalten und auf ein für den Präsidenten annehmbares Gesetzgebungsprogramm zu einigen, durch den unerwarteten Tod Tafts wesentlich beeinträchtigt wurden.

Ohne Tafts Führung werden die Republikaner sowohl in Fragen der Gesetzgebung wie der parlamentarischen Leitung der höchst komplizierten und schwerfälligen Körperschaft, wie es der Senat ist, ungleich größeren Schwierigkeiten begegnen. Denn wenn auch Taft in vielen Fragen seine bestimmte Meinung hatte und sich von Eisenhower wahrscheinlich nicht viel "droinreden" ließ, so war er doch ein viel zu sehr ergebener Parteilmann, als daß er der ersten republikanischen Regierung seit zwanzig Jahren hätte Steine in den Weg legen wollen. Darum war er, so überraschend das sein mag, doch die stärkste politische Stütze, über die der Präsident in einem widerspenstigen Kongreß verfügen konnte. Denn Taft konnte dem Präsidenten und seinem Kabinett eine Garantie geben, die kein anderer der republikanischen Senatoren zu honorieren vermag: Wenn Taft sich auf eine Maßnahme mit dem Präsidenten einigte, so konnte man sicher sein, daß er sowohl über die persönliche Loyalität wie auch über den notwendigen Einfluß bei seinen Kollegen verfügte, diese Maßnahme durchzusetzen.

Nun muß man aber befürchten, daß ein politisch unerfahrener

Präsident wie es Eisenhower noch immer ist, wesentlich größere Schwierigkeiten im Kongreß haben wird. Das gilt wohl auch von der Außenpolitik. Taft stimmte mit Eisenhowers Außenpolitik nicht überein, aber gerade in einem Augenblick, in dem die Vereinigten Staaten zur politischen Korea-Konferenz gehen und sich sowohl in ihren Beziehungen zu ihren Alliierten wie zum kommunistischen Block auf eine etwas beweglichere Politik vorbereiten müssen, ist es für das Weiße Haus nun doppelt schwer, diese großen Aufgaben in Angriff zu nehmen, wenn die diversen McCarthys im Senat nun keinerlei Gegengewicht unter den Republikanern finden. Gewiß war Tafts Zusammenarbeit mit McCarthy einer der wirklich dunklen Punkte in seiner sonst auch von Gegnern durchaus respektierten politischen Tätigkeit. Aber eine von niemandem bestrittene Autorität wie des verstorbenen Republikaners, den viele "Mr. Republican" (Herr Republikaner selbst) nannten, war doch eine gewisse Hemmung gegen die Allmacht McCarthys im Senat.

Für die amerikanische Arbeiterbewegung wird der Name Robert Tafts unlösbar mit dem von ihm scharf bekämpften Taft-Hartley-Gesetz verbunden bleiben. Die Gewerkschaften haben Taft entschieden bekämpft, ihn aber immer als einen ihrer klügsten Gegner respektiert. Bekanntlich hat das Taft-Hartley-Gesetz über Gewerkschafts- und Kollektivvertragsrecht eine große Rolle auch im letzten Wahlkampf gespielt. Präsident Eisenhower hat seine Verbesserung versprochen. Die Verhandlungen, die darüber in den Ausschüssen beider Häuser des Kongresses geführt wurden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Tafts Tod wird eine Änderung des Gesetzes nicht erleichtern, da es unter den Republikanern kaum jemanden gibt, der die komplizierten Fragen so gründlich verstehen würde wie er. Wenn er auch als ein Gegner der Gewerkschaften bekannt war, so war doch seine Teilnahme an der Veränderung des Gesetzes eine gewisse Gewähr gegen weitere Verschlechterungen. Denn unter dem Vorwand einer "Reform" des Gesetzes gibt es eine Reihe nicht ungefährlicher Pläne, das bestehende Gesetz für die Gewerkschaften und die Arbeiter noch ungünstiger zu gestalten. Auch hier wird Tafts Abwesenheit die Lage im Kongreß nicht erleichtern.

Der Tod des konservativen Republikaners, des Sohnes eines der konservativsten Präsidenten der Vereinigten Staaten im zwanzigsten Jahrhundert, mag sehr wohl das Ende einer Periode in der Geschichte der Republikanischen Partei und der amerikanischen Politik bedeuten. Eine starke Persönlichkeit verschwindet aus dem politischen Leben Amerikas, zweifellos die weitaus einflußreichste Kraft im amerikanischen Kongreß und der stärkste Motor in der Republikanischen Partei.

Zum diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg vom 12.-16. August

### Wittenbergs neue Dynamik

Von Fritz Przytulla

Der deutsche Protestantismus lebt nicht nur, sondern er ist sehr aktiv geworden, er entwickelt eine neue Dynamik. Für seine Lebensregungen und Äußerungen hat er sich seit 1949 die wirkungsvolle Plattform der Evangelischen Kirchentage geschaffen. Von Kirchentag zu Kirchentag wurde diese Plattform verbreitert. Auch der diesjährige Evangelische Kirchentag in der Freien und Hansestadt Hamburg wird aus allen Teilen Deutschlands Hunderttausende von Protestanten zusammenführen: Im Gegensatz zum vorjährigen Stuttgarter Kirchentag werden dieses Mal zehntausend evangelische Männer, Frauen und Jugendliche aus der Sowjetzone ebenso wie mehrere hundert evangelische Christen aus dem Saargebiet Kirchentagsteilnehmer sein.

Wird damit der Hamburger Kirchentag zu einer "Gesamtdeutschen Versammlung"? Seine Veranstalter haben diese Frage verneint. Mit Recht; denn zehntausend Deutsche aus der Sowjetzone und 600 protestantische Saarländer würden auf einem als gesamtdeutsches Treffen aufgelegenen Kirchentag von vornherein gegenüber den hunderttausenden Kirchentagsteilnehmern aus der Bundesrepublik eine hoffnungslose Minderheit darstellen.

So wenig also vom Evangelischen Kirchentag 1953 als von einer gesamtdeutschen evangelischen Repräsentanz gesprochen werden kann, so sehr strahlt doch andererseits seine besondere Bedeutung nicht nur in den konfessionellen, sondern auch weithin in den politischen Raum. Das erfolgreich ausgelaufene, monatelange Ringen mit den Pan-kover Machthabern um die Ausstellung von 10000 Zonenpässen und der Sonderzug Saarbrücken-Hamburg sind sehr augenfällige Zeichen dafür, daß der Protestantismus in Ost-, West-, Süd- und Norddeutschland zu den geistigen Kräften in unserem Volke gehört, für die die Wiedervereinigung mehr als ein gelegentlich zu lösendes Problem, sondern schlechthin die Gegenwartsaufgabe Nr. 1 ist. Selbstverständlich hat sich auch der diesjährige Kirchentag jeder parteipolitischen

Stellungnahme zur deutschen Politik in der Bundesrepublik oder in der Sowjetzone zu enthalten. Die ursprünglichen Wurzeln seiner Kraft, ja, der ganze Mutterboden des evangelischen Glaubens liegen aber in Mitteldeutschland und jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Daher kann nicht von einer parteipolitischen Kongruenz, jedoch umso überzeugender von einer Parallelität des Wollens und Handelns des evangelischen Christentums mit den politischen Kräften in der Bundesrepublik gesprochen werden, die für Gesamtdeutschland das gleiche Wollen zur Richtschnur ihres politischen Handelns gemacht haben.

Die Kirchentagsteilnehmer aus Mitteldeutschland wie aus dem Saargebiet dürften sich sehr aufmerksam die Menschen in der Bundesrepublik daraufhin anschauen, wie sie sich gegenüber dem drängendsten, dem wichtigsten deutschen Gegenwartproblem, der baldigen Wiedervereinigung, verhalten. Diese Menschen werden in der Bundesrepublik Fragen stellen. Ihre zweiflerischen, quälenden und bohrenden Fragen aus der protzigen Überlegenheit einer Fassaden-Saturiertheit beantworten zu wollen, das wäre nicht nur ein Schlag ins Gesicht eines jeden Kirchentagsteilnehmers aus Mitteldeutschland oder dem Saargebiet, das wäre verhängnisvoll für das religiöse und politische Bewußtsein aller deutschen Menschen hinter dem östlichen Eisernen und dem westlichen Seidenen Vorhang !

Es hat von Anfang an Bestrebungen gegeben und es kann durchaus damit gerechnet werden, daß sie nach Hamburg noch üppiger ins Kraut schießen werden, den Protestanten ihr neugeschaffenes Massenforum "Kirchentag" auszureden. Theologische Gründe können weder aus den eigenen noch aus anderen Reihen für derartige Bemühungen angeführt werden. Eine neue Zeit verlangt neue Ausdrucksformen, auch für die evangelische Kirche, ihre Einrichtungen und ihre Glieder. Die bisherigen Kirchentage zeigten die neue evangelische Massenform. Hamburg und folgende Kirchentage werden sich stärker mit dem Inhalt zu beschäftigen haben.

+ + +

Drei Tatbestände um Herrn Storch

(sp) Bundesarbeitsminister Storch läuft in den Fußstapfen des Bundesjustizministers Dehler Amok gegen die Gewerkschaften. Schon vor dem Beginn dieses Laufes hatte er ein gutes Stück auf seinem Wege zurückgelegt - vom Gewerkschaftssekretär des DGB in Hannover im Jahre 1945 bis zum Bundesminister in der Regierung Adenauer, deren Wirtschaftsminister Prof. Ehard ist.

Vor einigen Tagen eröffnete er in Beverungen den Wahlkampf der dortigen CDU-Kreispartei. Zunächst hielt er sich an sein Redekonzept. Besonderes Aufsehen aber erregte eine Erklärung, über die es in der "Westfalen-Zeitung" in ihrem Bericht von dieser Versammlung heißt: "Bevor der Vorsitzende die Versammlung schloß, unterstrich ein Teilnehmer nachdrücklich die Ausführungen des Ministers zum DGB-Aufruf und forderte rücksichtslose Säuberung der Arbeitsverwaltung in den Ländern bis hinunter zu den Kreisen von Parteigängern der SPD. Der Minister sagte dies für die nächste Zeit zu".

Der zweite Tatbestand: In Würselen (Rhd) erklärte Storch, die christlichen Gewerkschafter sollten nicht aus der Einheitsgewerkschaft austreten, sondern "in dem L a d e n Ordnung schaffen". Er fügte hinzu: "Diejenigen, die mit mir zusammen den Deutschen Gewerkschaftsbund gegründet haben, hätten es nie für möglich gehalten, daß aus dem DGB eine solche M i ß g e b u r t werden könnte".

Einen dritten Tatbestand wollen wir von uns hinzufügen: Dem letzten Hamburger Kongreß der IG Holz, deren Mitglied Storch ist, lag ein Antrag auf Ausschluß Storchs wegen "gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" vor. Der Hauptvorstand der IG Holz empfahl die Ablehnung des Antrages, nicht, weil er nicht mit seinem Inhalt und seiner Begründung einverstanden war, sondern um unliebsames Aufsehen im Hinblick auf die Person des Arbeitsministers zu vermeiden. Darauf wurde der Antrag zurückgezogen. Der Dank für dieses Entgegenkommen liegt in den jetzigen Beleidigungen Storchs. Jeder mag sich sein Urteil darüber selbst bilden.

---

Verantwortlich: Peter Raunau